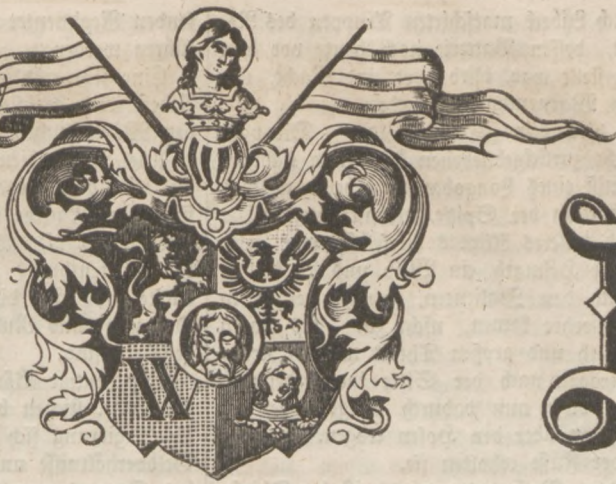


# Breslauer



# Zeitung.

Nr. 43.

Mittwoch den 12. Februar

1851.

## Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Paris, 10. Februar. Der Dotationsantrag ist mit 396 gegen 294 Stimmen verworfen worden. Die National-Versammlung hat die Verfolgung des Herrn von der Moskwa bewilligt. Das Gemeinde-Gesetz kommt nächsten Montag zur Debatte.  
3% 58, 20. 5% 96, 85.

## Telegraphische Nachrichten.

Hamburg, 10. Februar, Vormittags 10 Uhr. Wie bereits als bevorstehend gemeldet, ist Friedrichsort vorgestern, das Kronwerk bei Rendsburg gestern von den Dänen mit starker Colonne besetzt worden. Dieselben wurden von dem österreichischen Generalstab empfangen.

Paris, 8. Februar, Abends 8 Uhr. Baisie erklärte in der zur Prüfung des Wahlgesezes niedergelegten Kommission, daß dasselbe auch auf die Wahl der Präsidentschaft anwendbar sei. — In der Legislatur wurde der Antrag Tignys, daß im Fall eines Staatsstreiks oder einer Revolution die Generalräthe zusammentreten sollten, verworfen. — Piscatory stellt als Berichterstatter den Antrag auf Verwerfung der Dotation, weil die Präsidentschaft kein Königthum sei. Die Debatte über die Dotationsfrage wird am Montag geschlossen werden. Ein Antrag Fauchers auf Vertagung dieser Frage bis Dienstag wurde mit 358 gegen 306 Stimmen verworfen.

Paris, Sonntag, 9. Februar, Nachmittags 5 Uhr. Die Verwerfung des Dotationsantrages in der morgenden Legislative hat alle Wahrscheinlichkeit für sich. Für diesen Fall wird eine Botschaft des Präsidenten erwartet, worin derselbe erklärt, daß er eine etwaige National-Subskription nicht annehmen, vielmehr seinen Haushalt einschränken und den Donnerstag-Empfang einstellen werde. — Als Redner gegen die Dotation sind bereits eingeschrieben die Deputirten: Dufougerais und Bayard; für dieselbe werden sprechen: Ferdinand Barrot, Morin, Payer, Casabiancas. — Der Kommission zur Prüfung des Wahlgesezes erklärte Baisie, der Präsident sei gegen die Veränderung desselben.

Madrid, Sonntag, 3. Februar. Die Deputirten-Kammer ernannte eine Kommission, welche die vorgelegten Finanzprojekte prüfen solle. (Berl. Z.)

Turin, 6. Februar. Cavour hat dem Senate den Entwurf eines provisorischen Gesetzes über Reiskultur vorgelegt. Der Senat hat den Handels- und Literatur-eigenthums-Vertrag mit Frankreich anerkannt. Siccardi's Krankheit wird als eine moralische betrachtet, da er sich durch die Reduktionen im Budget des Justizministeriums empfindlich gekränkt fühlt. Derzeit wird Persoglio als sein Nachfolger bezeichnet. Die Nationalgarde von Cortona ist wegen eines Ezzeffes aufgelöst worden.

## Uebersicht.

Breslau, 11. Febr. In der gestrigen Sitzung der 1. Kammer ist die Debatte über die Justizorganisation fortgesetzt worden. Gestern fand ein Ministerrath unter Vorsitz des Königs Statt. Gegenstand der Beratung waren die Dresdener Konferenzen und die Schleswig-holsteinische Angelegenheit.

Wie uns aus Berlin geschrieben wird, hat der v. Binde'sche Antrag auf Niederlegung einer Kommission zur Untersuchung der Lage des Landes in seinen Abtheilungen eine Majorität erlangen können. Aus Dresden wird gemeldet, daß die Organisation des Neunerkollegiums schon in den nächsten Plenarsitzungen der Ministerrathen erledigt werden wird.

Unter „Deutschland“ berichten wir über die Besetzung Rendsburgs von den Österreichern und Preußen, Friedrichsorts und des Kronwerks von den Dänen.

Unter Paris theilen wir den Bericht der Dotations-Kommission mit. Derselbe erklärt sich, wie zu erwarten stand, gegen die Bewilligung der Dotation. Die Debatte über diese Frage ist auf den Montag bestimmt worden.

In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 7. hat Lord John Russell über die Religions-Angelegenheit gesprochen. Wir theilen die Rede des berühmten Staatsmannes unten mit.

## Preußen.

### Kammer-Verhandlungen.

#### Erste Kammer.

Neunzehnte Sitzung vom 10. Februar.  
Präsident Graf Rittberg.  
Eröffnung 10 1/2 Uhr.

Am Ministertische: Simons, v. Westphalen. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Die Abgeordneten Graf Arnim und Dieterici haben ihr Mandat niedergelegt.

Nach einer Mittheilung des Justizministers wird der geh. Justizrath Sprittmann der heutigen Sitzung beizuhören.

Verschiedene von der zweiten Kammer berathene Gesetzentwürfe werden den betreffenden Kommissionen überwiesen. Für denjenigen, welcher von der Verantwortlichkeit der Minister handelt, wird eine besondere Kommission niedergelegt.

Folgender Verbesserungsantrag des Abg. Strohn zu § 9, Absatz § 1, Nr. 3: „Dasselbe findet statt bei Verhinderungslagen eines Grundbesizers gegen eine der genannten Gesellschaften“ wird, nachdem der Abg. Bode dagegen, der Abg. Risler dafür gesprochen, mit 56 gegen 40 Stimmen in nochmaliger Abstimmung angenommen.

Der Justizminister: Ich habe über den Absatzparagraphe zu § 35, welcher den Instanzenzug regelt, die Aeußerung des obersten Gerichtshofes eingefordert, und wenn der Vorschlag der

Kommission auch erst von einer Sektion desselben begutachtet wurde, so empfehle ich Ihnen doch unter Ueberreichung dieses Gutachtens, den Paragraphen der Kommission noch einmal zur Berathung zu überweisen. (Dies geschieht.) Zu § 16 hat die Kommission folgende Zusätze vorgeschlagen:

1) Das Appellationsgericht bestimmt das zuständige Gericht, wenn sich zwischen Gerichten seines Sprengels ein positiver oder negativer Kompetenz-Konflikt erhoben hat. Besteht der Konflikt zwischen Appellationsgerichten entweder wegen ihrer eigenen Kompetenz, oder wegen der Kompetenz von Gerichten erster Instanz ihrer Sprengel, so wird das zuständige Gericht durch das Ober-Tribunal bestimmt.

2) Wenn a) wegen verweigerter oder verzögerter Rechtspflege, wegen gegründeten Verdachts gegen den gehörigen Richter (N. G. D. I. 2. §§ 142 bis 147), oder aus irgend einem anderen Grunde die Nothwendigkeit eintritt, eine Sache von einem Gerichte an ein anderes zu verweisen, oder, b) wenn ein gemeinschaftlicher Gerichtsstand (N. G. D. I. 1. Tit. 2. § 136) zu bestimmen ist: so steht die Bestimmung, wenn sie Gerichte erster Instanz desselben Appellationsgerichts-Sprengels betrifft, diesem Appellationsgerichte zu, — anderen Falls aber dem Ober-Tribunal, dem letzteren also auch dann, wenn eine Sache aus den zu a) angegebenen Gründen von einem Appellationsgerichte an ein anderes zu verweisen ist.

3) Wenn mehrere in den Sprengeln verschiedener Gerichte erster Instanz belegene Grundstücke desselben Besitzers sequestriert oder im Wege der nothwendigen oder freiwilligen Subhastation veräußert werden sollen, oder wenn in Bezug auf Forderungen, welche auf mehreren, in den Sprengeln verschiedener Gerichte belegenen Grundstücken eingetragen stehen, ein Aufgebot stattfinden soll, so kann auf den Antrag des Extrahenten ein gemeinschaftlicher Gerichtsstand hierzu bestimmt werden. Diese Bestimmung steht dem Appellationsgerichte zu, wenn sämtliche Grundstücke zu dessen Sprengel gehören; dem Ober-Tribunal, wenn sie in verschiedenen Sprengeln belegen sind.

4) Es verbleibt bei der Vorschrift der Verordnung vom 2. Januar 1849, nach welcher die Befugnis, die Führung des Hypothekenbuchs über einen zusammengehörigen Komplex von Grundstücken, welche in den Bezirken verschiedener Gerichte belegen sind, einem der Gerichte erster Instanz zu übertragen, dem Appellationsgerichte zusteht, wenn sämtliche Grundstücke in dessen Sprengel belegen sind, andernfalls aber dem Justizminister.

Der Abg. v. Gerlach beantragt statt „Appellations-Gericht“ überall zu setzen „Ober-Landesgericht“ mit Vorbehalt der schon wieder hergestellten Benennung des Kammergerichts.

Dieser Vorschlag wird von dem Abgeordneten v. Zander unter dem Beifall des Hauses empfohlen.

Der Abg. Schnaase erklärt sich gegen denselben. Es könne kein Vorwurf sein, wenn man das Gute aus französischen Einrichtungen übernehme; vielmehr würde man falsch handeln, aus Originalitätsstucht diejenigen zurückzuweisen, die sich als gut erwiesen haben! Frankreich sei der ältere Bruder Deutschlands; und wenn man zu dem Namen „Ober-Landesgericht“ zurückgreifen wolle, solle man doch noch etwas weiter zurückgreifen und der Regierung den Namen Krieges- und Domainen-Kammer wiedergeben.

Der Schluß der Debatte wird beschloffen; die Abg. v. Gerlach, v. Z. Mühlen, Risler sind noch als Redner eingeschrieben. § 16 wird angenommen. Das Amendement Gerlach wird zuerst mit 56 gegen 55 angenommen und darauf in der von dem Abg. v. Z. Mühlen beantragten namentlichen Abstimmung mit 59 gegen 57 Stimmen abgelehnt.

Die ersten beiden von der Kommission vorgeschlagenen Zusätze werden angenommen.

Zusatz 3 und 4 wird angenommen und zwar ersterer mit folgendem Verbesserungsantrag des Abgeordneten Risler:

Hinter den Worten: „eingetragen stehen“ a) noch die Worte einzufügen: „oder in Bezug auf mehrere Instrumente, welche gleichzeitig verloren gegangen sind, oder zur Ermittlung unbekannter Interessenten bei Depositalmassen verschiedener Gerichte“; b) in dem folgenden Satz statt: „sämmliche Grundstücke“ zu setzen: „die betreffenden Gerichte“.

Die §§ 17 und 18 werden ohne Diskussion angenommen. Die §§ 19—23 betreffen die Organisation der Gerichte erster Instanz. Die Kommission empfiehlt unveränderte Annahme der §§ 19 und 20. Es sind 6 Amendements dazu eingegangen.

Der Abgeordn. von zur Mühlen stimmt für unveränderte Annahme.

Der Abg. Goltzhammer empfiehlt folgenden Zusatz: Insofern in dem Sprengel eines Kreisgerichts Gerichtsdeputationen für die kollegialisch zu behandelnden Civils- und Strafsachen nicht eingesetzt werden können, muß, wenn nicht erhebliche örtliche Hindernisse entgegen stehen, der Sitz des Kreisgerichts dergestalt gewählt werden, daß die Entfernung zu demselben nicht über 5 Meilen beträgt.

Der Abg. v. Gerlach empfiehlt: den ersten Absatz des § 19, welcher die Zahl der Richter und Eingeseffenen der Kreisgerichte bestimmt, den ersten und dritten des § 20, welche jedes Kreisgericht in zwei Abtheilungen theilen, und außerdem jede in der Verordnung enthaltene Erwähnung der zwei Abtheilungen der Kreisgerichte zu streichen und demgemäß die betreffenden Paragraphen durch die Kommission umarbeiten zu lassen.

Der Abgeordnete hat die Absicht, der Regierung freie Hand zur Organisation kleinerer Kreisgerichte zu lassen, die an vielen Orten ein dringendes Bedürfnis sind, die aber durch die in dem § 19 vorgeschriebenen Richter- und Eingeseffenen-Zahlen und durch die zwei Abtheilungen, die der § 20 vorschreibt, verhindert werden, und die nachtheilige, die für den Geist der Rechtspflege und für die Qualifikation der Richter, wie auch für das Vertrauen der Unterthanen zu ihrem Richter daraus entstehen, daß einige derselben nur mit der freitragenden, andere nur mit der freitragenden Gerichtsbarkeit beschäftigt sind.

Der Abg. v. zur Mühlen erinnert daran, daß der Abgeordnete v. Gerlach sich in einer früheren Zeit auf andere Weise ausgesprochen habe.

Der Abg. v. Meding empfiehlt die Annahme des Amendements Gerlach.

Die Abg. Risler und v. Zepper haben folgendes Amendement gestellt:

Die Errichtung und Aufhebung eines Kreis- oder Appellationsgerichts, so wie die Verlegung desselben darf nach dem 1. Januar 1852 nur durch ein Gesetz erfolgen.

Der Justizminister erklärt sich gegen alle Amendements, weil diese, statt zu beruhigen, neue Unruhe verbreiten, und die Organisation wieder weit zurückführen würden.

Nach Ablehnung aller Amendements werden § 19 und 20 unverändert angenommen.

Zu § 21 empfiehlt die Kommission folgende Zusätze:

Wenn in dem Sprengel eines Kreisgerichts außer der Stadt, in welcher sich dasselbe befindet, andere Orte, welche bisher Sitz größerer Gerichtsbehörden waren, vorhanden sind, oder sonst an anderen Orten sich ein erhebliches Bedürfnis dazu ergibt, so können in denselben einzeln stehende Richter (Bezirksrichter, Gerichtskommissarien) angestellt werden. Diese Einzelrichter werden aus den Mitgliedern des Gerichts erster Instanz, auf dessen Etat sie stehen, durch den Justizminister kollegialisch abgeordnet. Sie können erforderlichen Falls auch als Ergänzungsrichter einberufen werden. Wenn die zu große Entfernung der Bezirke der Einzelrichter vom Sitz des Kreisgerichts oder als sonstiges dringendes Bedürfnis es erfordert, so kann angeordnet werden, daß an einem der Orte der Einzelrichter mehrere Richter von Zeit zu Zeit zusammentreten, um gewisse, nach Bestimmung des Geschäfts-Regulativs kollegialisch zu erledigende Angelegenheiten als Deputation des Kreisgerichts zu verhandeln und zu entscheiden. Beständige answärtige kollegialische Deputationen sind dagegen nur in solchen Fällen zu errichten oder beizubehalten, wenn aus durch jene Einrichtung den Bedürfnissen der Justizpflege nicht angemessen entsprochen werden kann.

In der Debatte theilte sich die Abg. v. Elsner Goltzhammer, v. Gerlach, Risler.

Der Justizminister empfiehlt die Zusätze der Kommission und die Festsetzung der beständigen Deputationen, weil die geringe Zahl der von diesen verhandelten Sachen mit dem Kostenaufwande in keinem Verhältnis steht.

Mit obigen Zusätzen wird § 21 angenommen.

Amendements der Abg. von Elsner, Goltzhammer, von Zepper werden abgelehnt.

§ 22 wird mit einem Zusatz der Kommission, § 23 ohne Veränderung angenommen.

Schluß der Sitzung 3 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr.

Berlin, 10. Februar. Se. Hoheit der Eugen Herzog von Württemberg ist von Fürstenwalde hier eingetroffen.

Berlin, 10. Febr. Die Polleinigungsprojekte. — Der Binde'sche Antrag fällt in den Kammern. [Gerlach.] Man hat in den letzten Tagen aus der Wahl des geh. Rathes Dellbrück für die Zollverhandlungen in Dresden und aus mehreren ähnlichen Umständen zu beweisen versucht, daß die österreichisch-deutsche Polleinigung ihrer Verwirklichung näher rücke. Die Instruktionen des Herrn Dellbrück sind aber jetzt vollständig geändert. Man versichert mir von bestunterrichteter Seite, daß es sich gegenwärtig bei den Verhandlungen in Dresden gar nicht mehr um Herstellung dieser Polleinigung handle, diese sei vielmehr von beiden Seiten als für jetzt nicht erreichbar aufgegeben, man wolle dieselbe als eine für die Folge angustrebende Möglichkeit zwar festhalten, werde gegenwärtig aber nur in Betrachtung ziehen, unter welchen Modalitäten man vielleicht zum Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und dem Zollvereine gelangen könne, der wenigstens einige Verkehrs-Erleichterungen im Gefolge habe. Es schließt dies nicht aus, daß dabei gleichzeitig erwogen werde, in wie fern ein engerer Anschluß einiger süddeutschen Staaten an das österreichische Zollsystem schon bei dem Ablauf der nächsten Zollvereins-Verträge eintreten könne, und eben so statt dessen eine engere Verschmelzung des norddeutschen Steuervereins mit dem Zollvereine. Das Eine oder das Andere man als gewiß ansehen, daß diese Aenderungen jedenfalls erst mit dem Jahre 1853, als dem Zeitpunkte des Ablaufes der gegenwärtigen Zollvereins-Verträge stattfinden, daß die Dresdener Konferenzen also auch hierfür, wie wahrscheinlich für manches Andere, nur erst in einer ferner liegenden Zukunft Resultate herbeiführen würden. Ich glaube noch einmal besonders hervorheben zu dürfen, daß diese allgemeine Andeutungen von einer Seite mir zugehen, wo man entschieden maßgebend und gestaltend auf die hier einschlagenden Verhältnisse einwirkt, deshalb die wahre Sachlage gewiß kennt.

Die Summe, welche die Regierung in den beiden jetzt zur Vorlage an die Kammern bereit liegenden Gesetzentwürfen für den Bau der Posen-Breslauer Eisenbahn und für die Herstellung einer stabilen Eisenbahn-Brücke über den Rhein verlangen wird, beläuft sich dem Vernehmen nach in runder Summe auf 10 Millionen Thaler.

Der Antrag des Abg. v. Binde auf Niederlegung einer Kommission zur Untersuchung der Lage des Landes kam heute in den Abtheilungen zur Berathung. Derselbe fiel hierbei so vollständig durch, daß er auch nicht in einer einzigen Abtheilung auch nur eine der Majorität sich annähernde Stimmenzahl erhielt.

Ein Bericht besagt, daß morgen in der Sitzung der zweiten Kammer von Seiten des Ministerpräsidenten eine lange sehr vernehmliche Erklärung über die ganze augenblickliche Lage unserer politischen Verhältnisse werde gegeben werden.

Berlin, 10. Februar. [Zagesbericht.] Nachdem gestern im Staatsministerium eine Sitzung stattgefunden, trat heute (Montag) der Ministerrath um 8 Uhr Morgens unter dem Vorsitz Sr. Majestät des Königs im hiesigen Schlosse zusammen. Gegenstände der Berathung dürften die Dresdener Konferenz und die holstein-schleswigschen Angelegenheiten gewesen sein.

Der Graf v. Sponeck wird von Wien nicht über Berlin zurückkehren, vielmehr direkt über Dresden sich nach Kopenhagen begeben.

Außerem Vernehmen nach hat sich der General v. Rochow trotz seiner geschwächten Gesundheit geneigt erklärt, in seiner

Stelle als biesseitiger Gesandter in St. Petersburg zu verbleiben.

In unserer letzten Nummer wurde berichtet: „unmittelbar nach der vorgestrichen Parade überreichte der Flügel-Adjutant Sr. Maj., Major v. Bobbitt, im Namen Allerhöchstdessen dem Erzherzoge Leopold den schwarzen Adler-Orden“: — dies ist in so fern unrichtig, als Se. Maj. dem kaiserlichen Gaste den Orden überreichte.

Mit Rücksicht auf die jetzigen Konferenzen in Dresden ist auch der Umstand interessant, daß seit der Aufhebung des Bundesstages Preußen an Gesamt-Deutschland in dem dänischen Kriege, durch Truppenzusammenschickungen und andere, theils durch den Reichsverweser, theils durch die Central-Bundes-Kommission hervorgerufene Maßregeln zwei Millionen vorgeschossen hat, ohne daß bisher etwas davon zurückgezahlt worden wäre. (N. P. Z.)

Bekanntlich hat Herr v. Rabe einen heftigen Sturm gegen sich von Seiten der Junkerpartei dadurch heraufbeschworen, daß er ein Grundstuecksgesetz ohne Bezeichnung einer Entscheidung für die bisher Privilegirten einbrachte. Es wird von dieser Seite seitdem das Aeußerste für seinen Sturz aufgebracht. Andererseits finden seine neuen Finanzprojekte — das Klassensteuers-, Darlehnskassen-Gesetz, der Reichsstaatsbericht über die 18 Millionen — auch in den Kammer-Kommissionen vielfache Opposition. Auch Herr v. Mantuffel soll im Ministerrath gegen ihn Partei nehmen. Leicht möglich ist daher, daß die Annahme des morgen zur Berathung kommenden Kommissionsberichts über das Klassensteuergesetz irgend eine andere nahe Gelegenheit den Vorwand für das Ausscheiden des Herrn v. Rabe abgibt. Man soll an Herrn v. Flottwell, der bekanntlich schon früher einmal Finanzminister war, als seinen Nachfolger denken. (N. Z.)

Der hiesige Kreuz-Correspondent des Magb. Corresp. schreibt: Es handelt sich um eine feierliche Wiederherstellung der in den Freiheitkriegen mit Oesterreich und Rußland geschlossenen innigen Allianz. Deshalb wird auch binnen Kurzem nach St. Petersburg eine außerordentliche Mission abgehen. Gleich sollen dem Vernehmen nach die Kaiser von Rußland und von Oesterreich zu einer persönlichen Zusammenkunft mit Sr. Majestät dem Könige eingeladen werden, um den Akt des neu geschlossenen Bündnisses in feierlicher Weise gemeinsam zu bekräftigen.

Von der Regierung der nordamerikanischen Freistaaten ist Herr Isaac C. Bates aus Washington als nordamerikanischer Konsul nach Aachen kommitirt und zu dieser Ernennung das Exequatur der preussischen Regierung bewilligt worden.

Am 7. d. M. kamen hier 303 Personen an und reisten 279 ab. Angekommen: der k. ö. österreichische Kabinets-Kurier Springer von Dresden. Am 8. kamen 302 an und reisten 372 ab. Angekommen: der k. sardinische Kabinets-Kurier Navetto von Turin, der französische Kabinets-Kurier Gillou von St. Petersburg auf der Durchreise nach Paris, der k. Legations-Sekretär v. Heydebrandt und der Kasa, aus Baden. [Zum Militär-Stat.] In der 16. Sitzung der Central-Budget-Kommission wurde die Berathung des Militär-Etats fortgesetzt; der Abg. v. Bobelschwing referirte, die Regierung war durch den geh. Kriegsath Mefferschmidt vertreten. Wir entnehmen der Verhandlung Folgendes:

Am Schluß der Berathung des Tit. III. a. (Besoldungen betreffend) stellte ein Mitglied der Kommission den Antrag: „in Anerkennung der ausgezeichneten Dienstleistung der Arme, sowie in Anerkennung der verhältnißmäßig geringen Besoldung der älteren Subaltern-Offiziere sich damit einverstanden zu erklären, daß etwaige Ersparnisse des Etats zur besseren Besoldung der älteren Premierlieutenants verwendet werden.“ — Von einer anderen Seite wurde beantragt, durch eine anderweitige Regulierung der Gehälter der höheren Offiziere vom Hauptmann erster Klasse an, aufwärts, die Subaltern-Offiziere in ihrer Einnahme besser zu stellen, ohne jedoch das Militär-Budget mit höheren Summen zu belasten. Endlich wurde noch der dritte Antrag gestellt: „die Berathung und Beschlußnahme über diesen Gegenstand bis zum Schluß des Militär-Etats aufzuschieben.“ Dieser dritte Antrag als der präjudizielle wurde zuerst zur Abstimmung gebracht und mit Majorität angenommen, so daß also die beiden andern Anträge bis zum Schluß des Militär-Budgets ausgesetzt blieben.

Die Kammer hatte in der vorigen Session den Beschluß gefaßt: die Erwartung auszusprechen, daß richtiglich des Einkommens der kommandirenden Generale entweder durch Herabsetzung der Dienstzulage oder durch anderweitige Organisation des Heeres, in Folge deren ein Theil dieser Stellen entbehrlich würde, eine wesentliche Ermäßigung dieser Ausgabe herbeigeführt werde. Dieser Erwartung ist bis jetzt nicht entsprochen, weil es nach einer Bemerkung in den Anlagen zum Etat unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht ausführbar sei, eine solche Veränderung vorzunehmen. Die Spezialkommission hat deshalb den Antrag gestellt, diese Erwartung nochmals und auf das Bestimmteste zu wiederholen. Von einem Mitgliede der Central-Kommission dagegen wurde der Antrag proponirt: „in Berücksichtigung der ähnlichen Stellung und Besoldung der Ober-Präsidenten des Gehalt (nebst Dienstzulage) der kommandirenden Generale bei künftigen Erhebungsstellen auf 6000 Rthl. herabzusetzen.“ Dieser Antrag wurde mit 10 gegen 4 Stimmen angenommen. Der Antrag: „die Dienstzulage der Divisions-Commandeure à 1200 Rthl. für künftige Erhebungsstellen gänzlich abzuschaffen“, wurde mit 9 gegen 5 Stimmen der Kammer vorzuschlagen beschloffen; der fernere Antrag: „die Dienstzulage der Brigadeführer auf 300 Rthl. für künftige Erhebungsstellen vom Etat abzuschaffen“, wird mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen; endlich wird der Antrag: „der Staatsregierung zur Erwägung anheimzugeben, ob die Einziehung der Stellen der Brigadeführer-Commandeure ohne Nachtheil für die Arme erfolgen und dadurch Ersparnisse in Aussicht gestellt werden könnten“, mit 8 gegen 6 Stimmen gleichfalls angenommen.

Salle, 8. Februar. [Die Truppenmobilisationen] in der Provinz haben in diesen letzten Tagen eine große Anzahl von Durchmärschen veranlaßt. Nachdem uns die beiden bisher hier stehenden Füßliabtheilungen des 31. und 32. Regiments verlassen, sind gestern und heute das zweite Bataillon des 27. und



32. Regimentes und ein Landwehrbataillon des 32. Regimentes eingedrückt. Ein Bataillon des 32. Regimentes wird, wie vor dem Jahre 1848, wahrscheinlich auch für die Zukunft die ständige Garnison der Stadt bilden.

Der Pfarrer Hiesfeldt an der hiesigen Neumarktskirche, welcher erst vor Kurzem einen sehr vortheilhaften Ruf an eine Stelle nach Leipzig erhielt und denselben auch, wie man ersah, angenommen hatte, soll jetzt einen Ruf, als vierter Domprediger nach Berlin erhalten haben.

**Erfurt, 7. Februar.** Morgen rückt von hier das 1. Bataillon vom 26. Infanterie-Regimente, übermorgen das Stamm-Bataillon vom 26. Landwehr-Regimente aus und marschiren nach Magdeburg. (Erf. Zig.)

## Deutschland.

**Dresden, 9. Febr.** [Konferenzen.] Die erste und zweite Kommission der Ministerkonferenz, welche eine Zeit lang kombinierte Sitzungen gehalten, berath nunmehr in mehreren Tagen wieder separat, da die Vertreter der Kleinstaaten durch ihre abweichenden Anträge die gemeinsamen Beratungen sehr erschwert hatten. Ueberhaupt treten in einzelnen und selbst Kardinalpunkten im Schooße der Kommissionen die verschiedensten Ansichten und Wünsche hervor. Dessenungeachtet zweifelt man nicht daran, daß der Hauptpunkt: die Organisation des Neuerkollegiums, schon in den nächsten Plenarsitzungen erledigt werden wird, wenn Preußen, was man von Seiten der Vertreter Oesterreichs und der vier Königreiche zuversichtlich hofft, den einstweiligen Verabredungen getreu bleibt. Man wird dann wohl einen Zwang gegen die Kleinstaaten nicht ausüben, aber sich für sich konstituiren, welche Wahrnehmung für die ersten schon hinreichend sein würde, um sie zum Anschlusse zu bestimmen. Vielleicht daß man hinsichtlich der Gruppierung Baden und Hessen noch einige Zugeständnisse macht.

Die Beratungen der Sachverständigen über die Zoll- und Handelsvereinigungsfrage sind nun durch die vereinten Bemühungen des österreichischen Ministerialraths Hoch und des preussischen Regierungsraths Delbrück so weit gediehen, daß man sagen kann, der Stand sei unter der Voraussetzung gegenseitiger Zugeständnisse ein jener Einigung im Ganzen günstiger. Die Sachverständigen beabsichtigen jedoch bald wieder zurückzugehen und einer aus ihrer Mitte zu wählenden Kommission die weitere Bearbeitung der einschlagenden Fragen zu überlassen. Die Mitglieder jener scheinen sich auf lange Zeit hier einzurichten zu wollen. (D. A. Z.)

**Darmstadt, 7. Febr.** [Sitzung der zweiten Kammer der Abgeordneten.] Nach einer zum Theil sehr stürmischen, an manchen Zwischenfällen reichenden Sitzung, die mit 1/2 stündiger Unterbrechung von Morgens 9 bis Abends 8 Uhr gedauert hat, kam der Lehnhofe Antrag zur Abstimmung. Bei der Fragestellung ließ der Präsident unbegreiflicher Weise keine Trennung der Fragen zu und Herr Reich betheuerte eben so auffallend, daß bei der Frankfurter Nationalversammlung das Verlangen der Trennung der Fragen niemals berücksichtigt worden sei, wenn man dasselbe nicht im Lauf der Diskussion gestellt habe. Hiernach wurde der Antrag: „zu erklären, die Verordnung vom 7. Oktober 1850, indem sie die Rechte der Stände des Großherzogthums in Folge dieser Verordnung zusammengeordneten außerordentlichen Ständerversammlung überweist, verletzt die Grundgesetze des Staats; diese sogenannte außerordentliche Ständerversammlung ist daher nicht befugt, die ihr verfassungswidrig übertragenen Rechte der Stände auszuüben.“ — in namentlicher Abstimmung mit 28 gegen 18 Stimmen verworfen. Dafür stimmten die Abgeordneten Becker, Behlen, Bogen, Gieschmar, Frank, von Kieditzhausen, Feigel, Gottion, Dr. Hilsbrand, Kuhl, Lehne, Martz, Müller-Melchers, Dr. Mohr, Metz, Paulschel, Dr. Schmidt, Wittmann, Widig. (S. Z.)

**Wiesbaden, 6. Febr.** Der herzoglich Nassauische Oberst-Lieutenant A. D., Freiherr v. Breidenbach-Dürresheim, war gleichzeitig mit Heinrich v. Gagen nach Schleswig-Holstein gegangen, um für die Sache der Herzogthümer zu kämpfen. Derselbe ist nunmehr auch von dort auf sein Gut bei Hedderheim, 1 Stunde von Frankfurt a. M., zurückgekehrt, ohne daß er Gelegenheit gefunden, seinen aufopfernden Entschluß mit gewöhnlichem Erfolge zur Ausführung zu bringen. (S. Z.)

**München, 7. Februar.** Morgen Nachmittag um 2 Uhr wird nach dem oben erschienenen Programm die feierliche Eröffnung des Landtags durch den Prinzen Luitpold stattfinden. Das Ceremoniell ist ganz dasselbe wie bei der Eröffnung durch den König; nur wird keine Eröffnungsrede gehalten, sondern nach Vertretung der allerhöchsten Vollmacht durch den Minister des Innern einfach die Eidesabnahme von den neu eingetretenen Abgeordneten und Reichsräthen, die Eröffnungsrede, und dann die Rückfahrt des Prinzen in die Residenz erfolgen. (M. Z.)

**Hamburg, 9. Febr.** Heute Morgen um 11 1/2 Uhr hielt ein Theil der Brigade des Generalmajors v. Zobel unter dessen eigener Anführung ihren Einzug ins Steinthor, um durch die Stadt nach Altona zu marschiren. Empfangen wurden die k. k. Truppen von der hier anwesenden Generalität, an deren Spitze sich der Feldmarschall-Lieutenant Baron von Legeditsch befand. Sie befanden aus dem 3. Jäger-Bataillon, 3 Bataillonen des Regiments Wellington unter Oberst Brunner (meist Deutsch-Böhmen, von denen sich noch 2 Bataillonen beim böhmischen Armeekorps befinden), nebst einer Opfindigen Batterie von acht und einer 12pfündigen Batterie von sechs Geschützen und einem sehr zahlreichen Train. Die Gesamtzahl mag wohl über 5000 Mann betragen. Kavallerie ist heute hier nicht eingetroffen. Am Mittenthore ließ der Feldmarschall-Lieutenant v. Legeditsch die Truppen vor sich vorbeiziehen. Eine zahlreiche und glänzende Militärmusik begleitete die Brigade, welche theilweise vorläufig in Altona kantonniren wird, wo Feldmarschall-Lieutenant Theiner sein Hauptquartier aufgeschlagen hat.

**Lübeck, 7. Febr.** Unterm gestrigen Datum ist hier folgende Bekanntmachung erschienen: „Da durch plötzliche Veränderung in dem Abmarsch der heute hier eingetroffenen k. k. österreichischen Truppen ein Theil von den auf einen Tag hier angemeldeten Mannschaften zu längerem Aufenthalte hieselbst bestimmt ist, so werden hierdurch alle Quartiergeber dieser Mannschaft aufgefordert, sich mit ihren Willten morgen vor 1 Uhr Mittags im Einquartierungs-Bureau zu melden. Die Einquartierungs-Kommission.“

8. Febr. Eine Abtheilung vom Regiment Erzherzog Albrecht marschirte im Laufe des gestrigen Tages nach Travemünde und Umgebung ab.

Die Weser-Zeitung berichtet in einem Artikel „Von der Niederde.“ vom 6. d., daß dem Vernehmen nach die Stadt Lübeck am 8. d. von den Oesterreichern verlassen werden solle. Dieses beruht auf einem Irrthume, da von einem Abzuge derselben heute am 8. d. noch nicht die Rede ist. (E. Z.)

**Magdeburg, 7. Febr.** Die hiesige Regierung hat an den Feldmarschall-Lieutenant v. Legeditsch nach Hamburg geschrieben, um eine Verminderung der Einquartierung im Herzogthum Lauenburg, eventuell die Errichtung von kaiserl. Magazinen zu erwirken, weil das Land die feierlichen Natural-Lieferungen nicht mehr gut machen kann. Der Feldmarschall-Lieutenant, welcher sein Corps nach der Dedde des kaiserl. Kriegsministeriums nur im Herzogthum aufstellen zu müssen gedauert haben soll, hat geantwortet, daß er aus Rücksichten für das Land bereits einen Theil seiner Truppen im Mecklenburgischen habe vertheilen lassen, er werde vielleicht noch mehr thun können und erwarte darüber eine vom Kriegsministerium erbetene Instruktion. Es ist daher zu hoffen, daß bald nur etwa 5000 Mann Kavallerie im Lande kantonniren werden.

Die gestern Morgen nach Lübeck marschirten Truppen des Regiments Erzherzog Albrecht, dessen Batterie noch heute vor dem dortigen Mühlenthore aufgestellt war, blieb dort eine Nacht, um heute Morgen 7 Uhr nach Warnemünde zu gehen.

Auch noch heute kamen hier keine Truppen an. Die vom Regiment Erzherzog Albrecht zurückgelassenen 10 Mann nahmen an dem feierlichen Begräbniß eines Longobarden Theil, welches unsere Jäger, das Russische an der Spitze, veranstalteten. Der Verstorbene, der erste Raub unseres Klimas hieselbst, war Feldwebel und hinterläßt in der Heimath ein Weib und 7 Kinder. Unser Klima sagt bekanntlich den Italienern, welche gerade in der schlimmsten Jahreszeit hierher kamen, nicht zu. Es waren gegen 60 im hiesigen Lazareth und großen Theils mit der Krätze befallen. Die Gemeinen tragen nach der Sitte ihrer Heimath keine Strümpfe und suchen diese nun dadurch einigermaßen zu ersetzen, daß sie die Gamaschen über den Hosen tragen. Keiner Lappen zur Umwicklung der Füße erhalten sie.

**Schwerin, 8. Februar.** Noch heute wieder ist der Oberst-Lieutenant v. Zülow in das österr. Hauptquartier abgegangen, um den Feldmarschall-Lieutenant v. Legeditsch zur Dislokation der österreichischen Truppen aus dem Mecklenburgischen zu bewegen. Auf die bisherigen Reklamationen hatte der Feldmarschall-Lieutenant geantwortet, daß ihm der okkupierte Landstrich für seine Truppen angewiesen sei; wenn hier ein diplomatisches Versehen stattgefunden habe, so müsse dasselbe auch auf diplomatischem Wege redressiert werden. Nun aber ist ursprünglich nur von einem Durchmarsch durch das Mecklenburgische und nicht von einer Aufstellung von Truppen in denselben die Rede gewesen, wobei die Regierung, obwohl vergebens, auf die gebrauchliche Entschädigung an die Quartiergeber zu wiederholten Malen hingewiesen hat. Daß dieser Zustand, wenn er noch lange fortwähren sollte, den Untergang unzähliger Familien in dem okkupierten Landstriche herbeiführen müsse, haben wir schon früher dargelegt; nur eine weitere Dislokation und sollte sie selbst weiter ins Land hinein geschehen müssen, wird hier Erleichterung zu bringen im Stande sein. Einzelne Gutsbesitzer haben ihre Gutsangehörigen bisher für die Quartierlast entschädigt; für die Dauer wird ihnen aber auch dieses nicht mehr möglich sein und am Ende, wenn alle Vorräthe aufgebraucht sind, werden sie selbst nichts mehr haben. Wir hören indessen, daß hier heute die Nachricht von dem bevorstehenden Abmarsche der österreichischen Truppen aus Mecklenburg angelangt ist, daß dagegen andere, vermuthlich auch preussische Truppen hier einrücken werden. Nur so läßt es sich erklären, daß auf der einen Seite in Grabow und Neustadt und auf der andern Seite westlich von Wismar, so wie im Fürstenthum Radeburg Einquartierung angesagt sein soll. In Boizenburg hatte der Einmarsch der Truppen am 6. d. sein Ende erreicht. Das Feldlazareth war auch dort geblieben, sollte jedoch am 12. d. nach Altona verlegt werden. Ein Filial-Lazareth sollte in Boizenburg verbleiben. (H. C.)

**Hamburg, 10. Febr.** Der Erzherzog Leopold kehrte gestern Nachmittag mit dem Personenzug von Berlin zurück, wurde vom FML. Legeditsch am Bahnhofe erwartet und nach dem Hotel de l'Europe begleitet. (H. N.)

## Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

**Rendsburg, 8. Febr.** Nachdem hier gestern Quartiermacher vom 8ten preussischen Leibregiment und vom österreichischen Regimente Schwarzenberg angekommen, bringen so eben (Mittags) vier Bahnhöfe Oesterreicher und Preußen en masse, welche augenblicklich vom Bahnhofe herein marschiren. — Die Schleswig-Holsteinische Fahne, welche bis diesen Morgen vor der Hauptwache wehte, ist verschwunden; die Unserigen rüsten sich zum Abmarsche und bald wird die letzte Stunde schlagen. Das Schleswig-Holsteinische Infanterie-Bataillon ist diesen Morgen nach Heide abmarschirt.

Diesen Mittag geht die erste Briefpost direkt von hier nach Schleswig. (S.-H. W.-Z.)

**Rendsburg, 9. Februar.** Mittags 12 Uhr. So eben rückt der dänische Generalstab, entgegengekommen von dem österreichischen Generalstab, durch das Vorwerk und ins Kronenwerk Rendsburgs ein. Dänische Infanterie und Kavallerie folgten in dichten Reihen nach und fassen daselbst Posto. Von den Werken vor Rendsburg und im Kronenwerk weht der Dannebrog, und so weit das Auge reicht im Norden, von der Festung sieht man Dannebrog-Fahnen. Die dänische Besatzung giebt man auf 2000 Mann an.

Mit dem Mittagszuge trafen wie gestern wiederum zwei Bataillone Oesterreicher und Preußen hier ein, außerdem zwei Schwabronen Kavallerie. Unser braves 2. Jägerkorps, welchem gestern die schwere Aufgabe wurde, die Wachen zu übergeben, marschirte Samstag 4 1/2 Uhr mit dem Marsche „Schleswig-Holstein“ aus der Festung. Es war ein herzerbeutender Anblick, dieser Abmarsch der Legten, und manche Thräne floss aus den Augen Derer, die ihr Fortziehen sahen.

**Altona, 9. Februar.** Heute Morgen ging die dänische Briefpost zum ersten Male mit dem Eisenbahzuge nordwärts. Heute Morgen ist ein Bataillon Preußen und eine Abtheilung Oesterreicher nach Rendsburg beordert worden. (H. C.)

**Rendsburg, 9. Febr.** Gestern vor dem Einmarsch der Bundestruppen verließen die beiden Bataillone unseres zweiten Jägerkorps, der letzte traurigste Akt in dem Drama unserer Unterwerfung! Gegen 12 Uhr kamen die Oesterreicher und Preußen in zwei Zügen hier an; sie wurden ruhig und ernst empfangen, wie es nicht anders zu erwarten war. Gegen 4 Uhr marschirte das 2te Jägerkorps, nachdem es den Bundestruppen sämtliche Wachen übergeben, auf dem Paradeplatz auf, der trotz des starken Regens mit einer großen Anzahl Bürger gefüllt war; der Oberstlieutenant von Gagen übernahm nach Ordnung der einzelnen Kompagnien das Kommando; in Sectionen marschirte das Korps, während die Musik unser „Schleswig-Holsteinmarchen“ spielte, welches wir wohl zum letzten Male hörten, um den Paradeplatz zum Neuhofsteiner Thor hinaus. Trauende Gesichter, trauernde Herzen blieben zurück; wir sahen das letzte unserer braven Bataillone scheiden auf Nimmerwiederkehr. Der österreichische General Signorini ist hier der Hauptkommandirende, später soll das Oberkommando wechseln. Das Verbot des Tabakrauchens auf den Straßen soll heute von der Polizei aufgehoben werden, da es der Polizei nach dem Einmarsch der Bundestruppen nicht möglich ist, die Ordnung in dieser Hinsicht aufrecht zu erhalten.

**Kiel, 9. Febr.** Gestern ist die Festung Friedrichsort von unseren Truppen den Dänen übergeben; Alles ist in größter Ordnung vor sich gegangen. Die bisher in Friedrichsort stationirten Truppen kamen bereits gestern Nachmittag hier an.

Rücksichtlich der Zukunft unserer Armee hört man, daß nur 15 Mann per Kompagnie bei den Fahnen verbleiben, alles Uebrige permissit werden soll und alle Offiziere, die nicht Holsteiner sind, ihren Abschied erhalten werden. Die erledigten Oberoffiziersstellen werden dann am Ende mit geborenen Holsteinnern, die in der dänischen Armee stehen, besetzt werden sollen. Sie sehen meine Befürchtung, daß man die selbstständige Wehrkraft des Landes vernichten werde, fängt an sich zu bestätigen. (H. N.)

## Oesterreich.

**Wien, 10. Februar.** [Tagesbericht.] FML. Van Zallach hat das 46te in der Errichtung begriffene, FML. Fürst Hannibal Thurn und Taxis das 50ste, FML. Eduard Fürst Lichtentstein das 6te, FML. Coronini das 8te Linien-Infanterie-Regiment, als Proprietär erhalten, in Folge dessen die betref-

fenden Regimenter die Namen der genannten Herren Generale führen werden.

Eine sehr nützliche, für die polyglotte Monarchie hochwichtige Arbeit wird beabsichtigt, nämlich die Uebersetzung eines vergleichenden Wörterbuchs der zehn vorzüglichsten Reichssprachen.

Aus Bessarabien wird einem polnischen Blatte berichtet, daß die 18te dort liegende russische Division Befehl erhalten habe, sich zum Marsche nach der Wallachei bereit zu halten. Wenn jenes Blatt hieraus den Schluß zieht, daß die russische Besetzung des Fürstenthums im Frühjahr noch nicht ihr Ende erreichen dürfte, so läge die Ursache dessen wohl nur einfach darin, daß Ordnung und Ruhe in jenen Gegenden noch nicht vollständig gesichert sind.

Die heutige Börse zeigte sich besonders vortheilhaft animirt; 4 1/2 pSt. stiegen bis 85 3/4. Als Grund ward angegeben, daß die Regierung sich anhaltend mit der Aufgabe der Regelung der Geldverhältnisse und des zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Staates anzuhaltenden Gleichgewichtes beschäftige.

## Russland.

**Von der russischen Grenze, 8. Febr.** Ueber die Verhältnisse in den russischen Ostsee-Provinzen erhalten wir folgende Mittheilung eines deutschen Gutsbesizers: „Aus den russischen Ostsee-Provinzen werden seit einiger Zeit Stimmen laut, die zwar auch auf die Gefahr aufmerksam machen, welche dort dem Protestantismus, namentlich im lettischen Bauernstande, drohe, von der griechischen Geistlichkeit zu ihrer Kirche hinübergezogen zu werden, die indeß die Behauptung aufstellen, daß die Regierung diesem Treiben fernstehe und es weder veranlasse, noch begünstige, daß es vielmehr allein von der russischen Welschpartei ausgehe, um den in Liv- und Estland seit Jahrhunderten angesessenen deutschen Adelsfamilien das Leben dort zu erleiden und sie zum Verkauf ihrer weitläufigen Güter zu veranlassen. Referenten sind aus eigener Anschauung die Verhältnisse im Gaireich nicht fremd, und er glaubt entschieden dieser geistlich verbreiteten Ansicht entgegenzutreten zu können und zu behaupten, daß es lediglich die Regierung ist, welche das Streben äußert, die griechische Kirche zur alleinigen im Kaiserreiche zu machen und namentlich die Katholiken in Polen, so wie die Protestanten in den Ostsee-Provinzen, und zwar zuerst in den untersten Schichten der Gesellschaft, in den Schooße der griechischen Kirche überzuführen. Der neue russische Censusbefehl weist schon darauf hin und löst jeden Zweifel. Nach dessen Paragraphen trifft Verbannung nach Sibirien oder Tod jedes Individuum, welches überweisen wird, einen griechischen Christen zum Uebertritt zu einer andern Religion verleitet zu haben, während Profektenmacherei im entgegengesetzten Sinne nicht strafbar ist. Dann das Kinder, aus einer gemischten Ehe entsprossen, wo das eine der Eltern der griechischen Kirche angehört, ohne Unterschied des Geschlechts unbedingt nach griechischem Ritus getauft werden müssen. Durch diese beiden Thatfachen befindet sich schon hinsichtlich des Streben der Regierung oder der höchsten Spitze derselben, die griechische Kirche auf Kosten der übrigen im Reiche tolerirten christlichen Confessionen auszuweiten, und dies Streben erscheint vom Standpunkte des Despotismus gerechtfertigt und consequent, wie überhaupt alle Maßregeln der Regierung und ihres Oberhauptes; denn die griechische Kirche, die Religion der äußeren Formen und des absoluten Gehorsams muß einer absolut-despotischen Regierung weit mehr zusagen und ihren Zwecken entsprechen, als der schon ungleich freiere Katholizismus und noch mehr die protestantische Lehre, welche jeder Willkür feind ist und ihre Befürworter für Fortschritt und Freiheit empfänglich macht. — Das Streben Russlands ist unzulässig die Weltbeherrschung. Nach dem Vermächtniß Peters des Großen soll diese durchaus dauernde Befolgung des jesuitischen Grundsatzes: „der Zweck heiligt die Mittel“ erreicht werden, und sollten auch Hunderte von Jahren darüber verlaufen. Hierzu ist vor Allem absoluter Gehorsam im Volke notwendig und ein Glaube, eine einzige Kirche im ganzen Reiche. So wie die Lehre Mohameds die Herrschaft des Halbmondes über den Orient anbahnte, so soll die Religion des griechischen Kreuzes die Weltbeherrschung Russlands einstens begründen. Und unter dem Volke bis an die äußersten Steppen der asiatischen Grenzen sind Sagen im Umlauf, daß russische Krieger einst als Eroberer und Herrscher am fernen atlantischen Weltmeere ihre Rasse tränken werden. Solche Sagen sind Gegenstand der Lieder am einfachen nächtlichen Wachfeuer, wie wir selbst dies oft gehört. Die Idee der russischen Weltbeherrschung scheint also schon alt und im Volke weit verbreitet zu sein; sie wird von der Regierung geschützt, gepflegt und zu gelegener Zeit ausgebeutet. Was nun für den Augenblick und namentlich in den Ostseeprovinzen die Gefahr betrifft, in welcher der Protestantismus steht, so ist sie für jetzt noch nicht so groß, wenn sie auch die höchste Beachtung verdient. Offen nämlich kann und darf die Regierung mit der Befolgung des Protestantismus nicht auftreten, sondern nur im Geheimen und auf verdeckten Wegen. Das ist ihre Schwäche und macht die wirkliche Gefahr nicht so groß. Es ist nun Sache der gebildeten Stände dieser Länder, namentlich der adeligen Gutsbesitzer deutscher Abkunft und der protestantischen Geistlichkeit, diesem Streben entgegenzutreten und den eingebornen Bauer lettischen Stammes durch Unterricht in Kirche und Schule in den Lehren des reinen Christenthums zu unterrichten und zu befestigen, namentlich aber auch Sache der ersten, durch Milde und Gerechtigkeit sich der Liebe und Anhänglichkeit ihrer an die Scholle gefesselten Leibeigenen zu verschaffen. Leider ist dies in allen diesen von der Natur so begünstigten Ländern nicht der Fall. Der deutsche adelige Grundherr unterdrückt in aller Weise den leibeigenen Bauer; gleich seinem Vorfahren, dem ehemaligen Ritter, der mit der Schärfe des Schwerdtes vor Jahrhunderten das Land und die heidnischen Ketten unterwarf und letztere zu seinen Sklaven herabwürdigte, hält er noch heute den besten seiner Bauern geringer als seinen englischen Jagdhund, so wie die protestantische Geistlichkeit ihre eintönigen Pfanden als Einreuten betrachtet und die Weisung des Volkes unverantwortlich vernachlässigt: so hat denn der Pope, der dem armen geknechteten Bauer Feilgebilder, einen die Sinne bestechenden, glänzenden farbigem Religionskultus und daneben noch irdische Vortheile anbietet, allerdings leichtes Spiel, und so kann sich still und ungehindert, gleich einem Lavaström der griechische Kultus im Lande ausbreiten. Niemand trägt indeß die Schuld, als der Despotismus der aus alten deutschen Rittergeschlechtern entsprossenen adeligen Grundbesitzer und die Saumseligkeit und Herzlosigkeit der protestantischen Geistlichkeit des Landes. Es ist der Fluch der eigenen Sünde, die Unheil gebiert und die Gefahr vergrößert.“

## Frankreich.

**Paris, 8. Februar.** [Tagesbericht.] Herr Piscatory hat heute in öffentlicher Sitzung der National-Versammlung den Kommissionsbericht über die Dotation verlesen. Derselbe lautet folgendermaßen: „Meine Herren! Es ist uns ein Gesetz-Entwurf überreicht worden, um dem Finanzminister auf die Ausgaben des Jahres 1851 einen außerordentlichen Kredit von 1,800,000 Fr. für Repräsentationsgelder der Präsidentschaft zu eröffnen. Wenn dieser Gesetz-Entwurf angenommen werden sollte, so würde sich der Betrag des Kredites, welchen der Staat den Ausgaben des Herrn Präsidenten der Republik bewilligt, auf die Summe von 3,425,000 Fr. belaufen, und zwar nach folgender Auseinanderlegung: „Gehalt 600,000 Fr., Repräsentationsgelder 600,000 Fr., Unterhaltungslosten des Chyse 240,000 Fr., Miete für ein Nachbars-Hotel des Chyse 35,000 Fr., ein dem Herrn Präsi-

denten der Republik angewiesener Antheil auf den Unterhaltungs-Fonds des Ministeriums des Innern 150,000 Fr., außerordentlicher Kredit für Repräsentationsgelder 1,800,000 Fr. Das giebt eine runde Summe von 3,425,000 Fr.“

„Da eine Summe von 1,625,000 Fr. für die Ausgaben des ersten Beamten der Republik im Budget ausgeworfen ist, so war die Frage, welche Sie Ihrer Kommission überwiesen haben, diese, ob Ueberschüsse vorhanden ist, mehr als das Doppelte zu dieser Summe hinzuzuthun, indem man dies zu Ausgaben bestimmt, welche ihrer Natur nach keiner Kontrolle unterworfen werden können. Sie erinnern sich, meine Herren, von welchen Motiven dieser Antrag unterstützt wurde. Ihre Kommission hat für nützlich erachtet, den Herrn Finanzminister in ihre Sitzung einzuladen, der sich in Begleitung der Herren Minister des Innern, der Justiz und der öffentlichen Arbeiten eingefunden hat.“

„Auf die an sie gerichteten Fragen haben die Herren Minister geantwortet, daß sich das Gouvernement auf die Motive des im Monate Juni 1850 eingebrachten Entwurfes bezieht.“

„Auf die Bemerkung, daß der damals beantragte Kredit nur als Supplementar-Kredit beantragt und als außerordentlicher votirt worden, behaupten die Minister auf der Identität der Motive, und erwiderten, daß auch diesmal ein „außerordentlicher und jährlicher Kredit“ beantragt werde, daß er für die Ausgaben des Herrn Präsidenten der Republik notwendig sei, und daß wenn auch außerordentlich, er doch jährlich erneuert werden müsse, um den Präsidenten der Republik, wer es auch sei, in den Stand zu setzen, das Land, dessen erster Beamter er ist, würdig zu repräsentiren.“

„Nach Anhörung dieser Erklärungen hat sich die Kommission mit der gewissenhaftesten Aufmerksamkeit der Untersuchung eines Antrages hingegeben, der unter den Umständen, in denen wir uns befinden, die Bedeutung einer politischen Frage ersten Ranges gewonnen hat.“

„Man kann in der That nicht verkennen, daß es sich hier um die Natur und die Situation der Exekutivgewalt in der Republik handelt, um den Einfluß, den diese Gewalt seit einiger Zeit ausgeübt hat, um die gegenwärtigen Verhältnisse der beiden konstitutionellen Staatsgewalten, um die Art endlich, wie die Lösung der ersten Fragen vorbereitet werden soll, über welche nach den Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes das Land in naher Zukunft zu entscheiden berufen sein wird.“

„Nachdem die Frage von allen Gesichtspunkten aus in Betracht gezogen worden war, hat Ihre Kommission mit einer Majorität von 13 gegen 2 Stimmen beschloffen, Ihnen das Verwerfen des Antrages vorzuschlagen. Wir müssen Ihnen von den Gründen Rechenschaft geben, welche die selben Meinungen motivirt haben, und die Kommission hat gewollt, daß die der Minorität hier wörtlich wiedergegeben werde. Derselbe ist folgendermaßen gefaßt: „Die aus dem Buchstaben und dem Geiste der Konstitution gezogenen Einwände sind in der Diskussion des Gesetzes vom 23. Juni 1850 angeführt worden. Die Versammlung hat sie befeitigt; sie hat in Erwägung gezogen, daß der Chef der Exekutivgewalt eine Situation haben müsse im Verhältnisse zu den Sitten einer großen Nation. Sie hat sich von dem Verlangen und der Pflicht bestimmen lassen, die Einheit der Staatsgewalten, als das einzige Mittel, das Land zu retten, aufrecht zu erhalten.“

„Von diesen Gründen der Zweckmäßigkeit und der höheren Politik ist nicht Einer, der den uns vorgelegten Gesetz-Entwurf nicht unterstützt. Sollen diese Gründe vor Empfindlichkeiten und Befürchtungen zurücktreten?“

„Die Versammlung, bewogen durch einen Akt, dessen Schwere von Niemandem bestritten war, hat dem Ministerium sein Mißtrauen ausgedrückt, und der Chef der Exekutivgewalt hat dem Rechte der Versammlung, die ministeriellen Handlungen zu kontrolliren, Genugthuung gegeben.“

„Jetzt nun den beantragten Kredit verweigern, würde vielleicht in den Augen des Landes als eine Fortsetzung ja als eine Erneuerung des Kampfes erscheinen, der die Einigung der Gewalten für immer zu kompromittiren drohte. Die Minorität der Kommission kann sich der Verantwortlichkeit einer solchen Verweigerung nicht mit unterziehen.“

„Die Majorität war nicht der Ansicht, daß dies eine richtige Würdigung sei, weder der Thatfachen noch der Rechte.“

„Mehrere Mitglieder haben zunächst das Verfassungsmäßige des beantragten Kredites bestritten. — Sie erinnerten daran, daß der Art. 62 der Verfassung den Gehalt des Präsidenten der Republik auf 600,000 Fr. festsetzt, und wenn man trotzdem später einen Kredit von 600,000 Fr. für Repräsentationsgelder votirt hat, so ist dieses Votum darum nicht weniger unkonstitutionell. Der auf's Neue nachgesuchte Kredit ist dem Buchstaben und dem Geiste des Art. 62 der Verfassung entgegen.“

Trotz der Schwere dieser Meinung war Ihre Kommission der Ansicht, daß die Versammlung bei ihrem Votum im vorigen Jahre von dem Grundsatze ausgegangen ist, daß, ohne Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen, zufällige Verhältnisse dieser außerordentlichen Bewilligung rechtfertigen könnten, vorausgesetzt, daß diese Zulage nicht den Zweck habe, den Charakter der hohen Stellung, der sie bewilligt worden, zu alteriren.“

„Ihre Kommission war ferner der Ansicht, daß die im vorigen Jahre angeführten außerordentlichen Umstände nicht mehr vorhanden seien, und daß, wenn die notwendigen Ausgaben einer ersten Einrichtung Rechnungsführer herbeigeführt haben, so hatte die Willkür der Versammlung die Zukunft davon befreit. „Kann man sagen, daß befreit von den Lasten der Vergangenheit, das Budget der Präsidentschaft nicht hinreichend ist für die Erfordernisse des Anstandes und der Würde einer großen Gewalt? Ihre Kommission glaubt dies nicht. Ihrer Ansicht nach genügt die Summe des gewöhnlichen Kredites vollständig, um dem Präsidenten der Republik eine seinem Range angemessene Existenz zu sichern. Der Zustand der Sitten und des Vermögens in unserem Lande verlangt nichts mehr; man könnte nicht mehr befehlen, ohne sich von den legitimen Bedingungen in der hohen Stellung zu entfernen, welche sie aufrecht erhalten, aber nicht vergrößern wollen. (Sehr gut.)“

„Die Präsidentschaft ist kein Königthum und die Repräsentation eines Präsidenten der Republik ist wie seine Gewalt persönlich und temporär. Es ist ohne Zweifel von Wichtigkeit, daß er während der Dauer seiner Verwaltung als der erste der Beamten und der Bürger daselbst. Aber auch nichts mehr. Er ist nicht das Staatsoberhaupt, er ist nur der Chef der Exekutivgewalt. (Sehr gut, sehr gut.)“

„Diese Betrachtungen waren Ihnen nicht entgangen, m. H., als Sie ein erstes Mal einen ähnlichen Antrag wie den heutigen zu beraten hatten. Diese Betrachtungen haben gewiß viele vernünftige Stimmen motivirt; aber die Majorität hat den momentanen Verhältnissen Rechnung getragen, und ohne sich die Gefahr zu verhehlen, mit der Uebertreibung der Repräsentationsbedingungen auf einem gewissen Punkte die Konstitution zu alteriren, hat sie geoffen, daß diese Gefahr sich nicht realisiren werde, wenn die Weisheit der Exekutivgewalt dem ihr bewiesenen Wohlwollen entsprechen würde. Die Majorität hat damals endlich Zweifel und Besorgnisse dem großen Interesse des guten Einvernehmens unter den Staatsgewalten geopfert.“

„Sie wußte wohl, daß der verlangte Kredit Mittel biete, über die keine Rechenschaft gegeben wird, und die demgemäß Werkzeuge der Politik werden könnten. Aber sie glaubte gerade, daß diese Politik der der Versammlung konform sein würde; der wollte nur an die wichtigen Gelegenheiten denken, wo sie in der Exekutivgewalt alle die Unterstützung gefunden hatte, welche sie von ihr zu erwarten berechtigt war.“







